



## Freiburg – Stadt für Alle?!

### Flüchtlinge in Freiburg?

Freiburg hat nach Meinung vieler mit der kommenden Schaffung einer Landeserstaufnahme-Einrichtung (LEA) auf dem Gelände der Polizeiakademie viel Verantwortung für Geflüchtete übernommen.

#### **Doch was ist die LEA? Und wird hier etwas für oder doch eher gegen Flüchtlinge unternommen?**

„Die LEA ist Teil eines funktionierenden Flüchtlingsunterbringungssystems, in dem abgesenkte Leistungen und rechtliche Einschränkungen (kein Recht auf Wohnen, Kontrolle und Überwachung, kein Recht auf Bewegungsfreiheit, keine Privat- und Intimsphäre, Ghettoisierung etc.) am besten durchgesetzt werden können“, so Aktion Bleiberecht in einer Stellungnahme gegen eine LEA ([www.aktionbleiberecht.de](http://www.aktionbleiberecht.de)).

Es wird zwar aktuell der Eindruck erweckt, dass mit der Einrichtung mehrerer LEAs in Baden-Württemberg etwas für die Flüchtlinge getan werde, jedoch verkennt dies den Charakter und ureigenen Sinn von „Sammelunterkünften“.

Diese wurden bundesweit 1989 eingeführt, nachdem sie in Baden-Württemberg bereits jahrelange Realität waren.

Der damalige Ministerpräsident Lothar Spät (CDU) erklärte Anfang der 1980er Jahre in rassistischem Ton: „Die Buschtrommeln werden in Afrika signalisieren - kommt nicht nach Baden-Württemberg, dort müßt ihr ins Lager.“

Die Lager waren von Anfang an nicht zum Wohl der Schutzsuchenden, sondern als eine Einrichtung zur Abwehr, Verwaltung und Abschiebung von Flüchtlingen gedacht – daran hat sich nichts geändert.

#### **Abschiebelager LEA!**

So forderte die CSU zum Jahresende als parlamentarischer Arm der Pegida-Bewegung schärfere Regeln für Asylsuchende und direkte Abschiebung aus den Erstaufnahmeeinrichtungen, denn „Je stärker der Vollzug [von Abschiebungen] ist, desto mehr abgelehnte Asylbewerber gehen auch freiwillig.“

Darüber empörten sich vor allem auch die Grünen und übersahen dabei, dass schon Monate zuvor der grüne Stuttgarter OB Fritz Kuhn hatte verkünden lassen, dass die neu geschaffenen LEAs „die Möglichkeit [schaffen], Flüchtlinge aus sicheren Herkunftsstaaten nach negativ beendetem Verfahren direkt von der Landeserstaufnahmeeinrichtung wieder in die Herkunftsländer zurückzuführen (...). Ein solcher Weg würde die Kommunen spürbar

#### „RECHT - AUF - STADT“ - NETZWERK - TREFFEN

Jeden 2. Freitag im Monat um 20.30 Uhr. Alle Interessierten sind herzlich eingeladen! [www.rechtaufstadt-freiburg.de](http://www.rechtaufstadt-freiburg.de)

#### TERMINE

- 13.02. 20.30 Uhr | Recht auf Stadt – Netzwerktreffen | Syndikats-Büro (Adlerstr. 12)

- 17.02. | Treffen des Freiburger Fourms aktiv gegen Ausgrenzung | Rasthaus (Adlerstr. 12)

#### **Recht auf Stadt – Filmreihe im Koki:**

- 14.02/19.02. 19:30/20:30 Uhr | Film: Buy Buy St. Pauli, über die Kämpfe um die ESSO Häuser in Hamburg | koki

- 22.02. 17:30 Uhr | Film: Verdrängung hat viele Gesichter, zur Rolle von Baugruppen | koki

Jeweils mit den FilmemacherInnen, koki (Urachstr. 40)

entlasten“. Aktuell sind bereits Asylrechtsverschärfung seitens der Bundesregierung geplant und dem Mob auf der Straße steht ein breites Bündnis in den Parlamenten zur Seite. Auch wenn sich die Regierung gegen Pegida positioniert, ist dies doch eher eine Kritik an deren Form als am Inhalt.

#### **Freiburg: Flüchtlinge willkommen?**

Freiburg wird nicht nur ein Abschiebelager erhalten, nein, es werden auch keine neuankommenden Flüchtlinge mehr dauerhaft bleiben können. Mit der Einrichtung der LEA wäre Freiburg von der Verpflichtung, Flüchtlinge dauerhaft aufzunehmen, befreit. Die Menschen, die nicht bereits aus der LEA abgeschoben werden, (Opfer dürften insbesondere Roma sein) werden nach max. 3 Monaten von der LEA auf andere Kommunen verteilt, Freiburg ist nur Durchgangs- oder Abschiebestation. Die Anzahl der sogenannten Kontingentflüchtlinge, die Freiburg weiterhin freiwillig aufnehmen will, ist verschwindend gering und das berühmte „Feigenblatt“.

#### **Wohnungen statt Lager**

Länder wie z. B. Schleswig-Holstein und Rheinland-Pfalz setzen darauf, Flüchtlinge direkt in Wohnungen unterzubringen und haben eine Wohnungsquote von 90%. Baden-Württemberg setzt auf Lager: Hier ist nach einer Studie von Pro Asyl die Quote mit 33,5% am niedrigsten.

Solch ein Konzept vom Leben in Wohnungen würde wohl die Abschiebepolitik massiv stören. Denn wenn Flüchtlinge mit und neben uns wohnen und sich Menschen nicht die NachbarInnen abschieben lassen, wäre viel Sand im Getriebe des Abschiebesystems. Die LEA muss in ihrer ausgrenzenden und abschiebenden Wirkung kritisiert und bekämpft werden.

**MOBILITÄT FÜR ALLE!**

In Nürnberg machen sich AktivistInnen für kostenlose Mobilität im Personennahverkehr stark. Sie hängen in Bahnen Papiertaschen auf, in die nicht mehr benötigte Fahrkarten, die noch gültig sind, eingeworfen werden können. Für mehr solch kreatives Fahrkartensharing, gegen überbewerteten Nahverkehr ohne Sozialticket!

**[FR] NIEDRIGSTE KAUFKRAFT IN BADEN-WÜRTTEMBERG**

Die Kaufkraft, also das für den Konsum verfügbare Einkommen pro Haushalt nach Abzug von regelmäßigen Zahlungsverpflichtungen wie Miete; Versicherungen etc., ist in der Green City Freiburg am niedrigsten in ganz Baden-Württemberg. Freiburger Realität: Niedrige Löhne und hohe Mieten. Fragt sich nur: Wo bleibt der Protest?

**KAUM MIETWOHNRAUMFÖRDERUNG IN BADEN-WÜRTTEMBERG**

Trotz allgemein fehlendem bezahlbaren Wohnraum fördert das grün-rot regierte Baden-Württemberg den Bau von sozialgebundenen Mietwohnungen so gut wie gar nicht. Im Jahr 2012 waren es gerade einmal 84, im Jahr 2013 90 Wohnungen, die das Land förderte. Demgegenüber stehen im Jahr 2013 1336 geförderte Eigentumswohnungen. Im grün-roten Regierungsprogramm war noch ein Förderungsverhältnis von 4:1 von Mietwohnungen zu Eigentumswohnungen angekündigt worden; im Ergebnis wird jetzt eine neue Sozialwohnung auf 25 neue Eigentumswohnungen gefördert.

**HAUSBESETZUNG IN TÜBINGEN**

Seit Ende November ist in Tübingen mal wieder ein Haus besetzt. Bis zum Abriss des Hauses auf dem Güterbahnhofsareal soll ein unkommerzieller, hierarchiefreier und emanzipatorischer Freiraum entstehen. Gleichzeitig soll auch die Geschichte der ZwangsarbeiterInnen, die während des zweiten Weltkrieges auf dem Güterbahnhofsgelände ausgebeutet wurden, beleuchtet werden. Die Besetzung versteht sich ebenfalls als Protest gegen steigende Mietpreise. Die Mieten in Tübingen liegen 28 Prozent über dem Bundesdurchschnitt.

**DER MIETERHÖHUNG FOLGT DER SCHIMMEL**

Die neuen Standards bei der Wärmedämmung von Wohnungen sorgt dafür, dass in immer mehr Wohnungen starker Schimmelbefall auftritt. Es gibt einfach keinen Luftzug. Auch viele Wohnungen, die energetisch saniert wurden, sind wohl betroffen. In den meisten Fällen bekamen die MieterInnen

die Kosten für die Maßnahmen aufgebremst. Erst weniger Geld in der Tasche und dann noch die Gesundheitsgefährdung durch den Schimmel.

**10 JAHRE HARTZ IV: KINDERARMUT VERDOPPELT**

10 Jahre nach Einführung von Hartz IV hat sich die Kinder- und Jugendarmut in Deutschland mit 2,8 Millionen Betroffenen mehr als verdoppelt. Die Armut sorgt z.B. für eine deutlich höhere Säuglingssterblichkeit als in den oberen sozialen Schichten, eine zweimal höhere Mortalitätsrate durch Unfälle als bei Kindern aus privilegierten Schichten, ein sehr viel häufigeres Auftreten akuter Erkrankungen und eine höhere Anfälligkeit für chronische Erkrankungen. Das Kinderhilfswerk fordert u.a. die Einführung einer bedarfsgerechten Kindergrundsicherung. In Freiburg lebt laut DGB jedes siebte Kind von Hartz IV, das sind 4476 Kinder.

**[FR] KREDITE ZUM WOHNUNGSBAU NUR FÜR REICHE**

Die baden-württembergische Landesbank verweigert den 3 Mietshäusersyndikatsprojekten im neuen Baugebiet Gutleutmatten Kredite zur Finanzierung der Hausprojekte. Direktkredite könnten wieder abgezogen werden und es bestünde nicht die geringste Bonität. Das Förderprogramm sei auf „etablierte Wohnbauunternehmen“ mit entsprechend großem Altbaubestand und Kapitalkraft ausgerichtet. Wer also sozialverträgliche Mieten ansetzt und somit keine Profite macht, bekommt kein Geld aus den Fördertöpfen, die doch eigentlich helfen sollten, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen.

**VERMIETERIN WEGEN DISKRIMINIERUNG VERURTEILT**

Das Amtsgericht Tempelhof-Kreuzberg hat zwei Klägerinnen mit türkischer Herkunft Recht gegeben. Sie hatten gegen ihre ehemalige Vermieterin geklagt. Diese hatte erst allen MieterInnen nach Erwerb des Hauses die Miete erhöht, bei einer erneuten Mieterhöhung wurde allerdings trotz vergleichbarer Größe und Ausstattung selektiv nur bei den Betroffenen und zwei weiteren Personen mit Migrationshintergrund die Miete erhöht. Im Gegensatz zu anderen Mietparteien, die ebenfalls gekündigt hatten, bekamen die Betroffenen auch keine Frist beim Auszug aus der Wohnung gewährt. Der Vorgang im Gesamten stellte für das Gericht einen Verstoß gegen das Verbot der Benachteiligung wegen ethnischer Herkunft dar. Die Vermieterin muss den

zwei Klägerinnen jeweils 15.000 Euro Entschädigung zahlen.

**20,3% DER BEVÖLKERUNG VON ARMUT ODER SOZIALER AUSGRENZUNG BETROFFEN**

Laut dem Statistischen Bundesamt waren 2013 in Deutschland 20,3 Prozent, also 1/5 der Bevölkerung, von Armut oder sozialer Ausgrenzung betroffen. Im europäischen Durchschnitt waren es 24,5 Prozent.

**ALLEINERZIEHENDE MASSIV VON ARMUT BETROFFEN**

10 Jahre nach Einführung von Hartz IV sind 39 Prozent der Familien mit nur einem Elternteil auf Hartz IV angewiesen. In 90 Prozent der Fälle handelt es sich bei den Alleinerziehenden um Frauen. Sie sind die gesellschaftliche Gruppe, die am stärksten von Armut betroffen ist. Und das obwohl 70 Prozent der Alleinerziehenden einer Lohnarbeit nachgehen.

**FLÜCHTLINGSUNTERBRINGUNG IN KZ-AUSSENSTELLE**

Im nordrhein-westfälischen Schwerte sollen 21 Flüchtlinge in einer ehemaligen SS-Wachbaracke des damaligen Außenlagers des Konzentrationslagers Buchenwald untergebracht werden. Etwa 700 polnische Zwangsarbeiter waren 1944 in der Außenstelle des KZ Buchenwald gefangen und mussten Lokomotiven reparieren.

**FREIBURGER POLIZEI VERHINDERT FLUCHT AUS KRIEGSGEBIET SYRIEN**

Stolz verkündeten die Freiburger Staatsanwaltschaft, die Bundespolizei und das Freiburger Polizeipräsidium, dass sie eine international agierende "Schleuserbande" zerschlagen hätten. Zwischen 2009 und 2013 fanden in den Regionen Emmendingen, Freiburg und Berlin Einbrüche in verschiedene Rathäuser statt, bei denen gezielt Blankodokumente (Kinderreisepässe, vorläufige Reisepässe, vorläufige Bundespersonalausweise) und auch Aufkleber für Verlängerungen von Personaldokumenten mitgenommen wurden. Bei den Menschen, die von den Dokumenten profitieren sollten, handelte es sich um syrische Staatsangehörige. Die Polizei und die Medien sprechen von Schleusern, zu DDR-Zeiten hätte man von Fluchthelfern gesprochen. Nun werden wohl weniger Menschen auf diesem Weg fliehen können, müssen also über das Massengrab Mittelmeer ausweichen oder gleich im Krieg in Syrien hoffnungslos krepieren. Danke, Polizei.

Weiterführende Links zu den Meldungen findet ihr wie immer auf der Homepage